

Dienstag 5. Dezember 2017

Nummer 783

[Der Newsletter als PDF](#)

Die Stiftung auf  und 

App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Die finanziellen Folgen des Brexit für die Europäische Union

Autor : Nicolas-Jean Brehon



Wie alle Scheidungen hat auch der Brexit seine Kosten. Zwar betreffen diese beide Seiten, doch konzentriert sich der vorliegende Artikel insbesondere auf die Folgen für die Kontinentaleuropäer. Das Vereinigte Königreich ist ein wichtiger Faktor in den Haushaltsangelegenheiten der EU und sein Gewicht geht weit über seinen eigentlichen finanziellen Beitrag hinaus. Einige Mitgliedstaaten werden die indirekten Auswirkungen des Brexit auf die

Haushaltspolitik und -verhandlungen, die bislang nicht genug Aufmerksamkeit erhalten haben, bald erkennen. Deshalb widmet sich dieser Artikel nicht nur der Höhe der "Austrittsrechnung" der Briten, sondern auch den komplexen Themen, die in diesem Zusammenhang verstanden werden sollten.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Stiftung : Digitales - Deutschland/Frankreich **Brexit** : Verhandlungen
Kommission : Landwirtschaft - MwSt. - Innovation - Verkehr - E-Commerce - Erasmus+ **Parlament** : Haushalt 2018 - Sicherheit - Banken - Behinderungen **Rat der Europäischen Union** : Wettbewerbsfähigkeit - Antidumping - Asyl - Kommunikation
Diplomatie : EU-Afrika **Eurogruppe** : Präsident **EZB** : Risiken
Deutschland : Bundesbank **Frankreich** : Symbole/EU - Afrika **Irland** : Regierung - Grenze **Italien** : Mittelmeer **Tschechische Republik** : Regierung **Bosnien-Herzegowina** : Kriegsverbrechertribunal **Ukraine** : Referendum? **Island** : Regierung
OECD : Prognosen **Berichte/Studien** : Drogen - WHO - Arktis **Eurostat** : R&D - Arbeitslosigkeit/Inflation **Kultur** : Europoly - Ausstellung/Biot - Lichterfest - Ausstellung/Stuttgart

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Stiftung :

"Welches europäische Modell für die digitale Revolution?"



Der Präsident der Kommission für europäische Angelegenheiten der französischen Nationalversammlung organisiert am 7. Dezember zusammen mit der Robert-Schuman-Stiftung eine Konferenz unter dem Titel "Welches europäische Modell für die digitale Revolution?". Auch Andrus Ansip, der für den digitalen Binnenmarkt zuständige Kommissionsvizepräsident, wird daran teilnehmen... [Fortsetzung](#)

4. Treffen des Think Tanks Tandem

Thierry Chopin, Studiendirektor der Stiftung, wird am 7. und 8. Dezember am 4. Treffen des Think Tanks Tandem teilnehmen, im Rahmen dessen deutsche und französische Forscher die europäischen



Werte und das Zugehörigkeitsgefühl der Bürger zu Europa erörtern...

[Fortsetzung](#)

Brexit :

Brexit: Große Fortschritte, aber noch keine endgültige Einigung



Die britische Premierministerin Theresa May und Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker begrüßten nach ihrem Treffen am 4. Dezember die "großen Fortschritte", die man in den Brexit-Verhandlungen erzielt habe. Juncker bleibe "zuversichtlich", dass der Europäische Rat am 14. und 15. Dezember einen Übergang in die zweite Verhandlungsphase beschließen könne, falls der Fortschritt in den drei vorrangigen Fragen als "ausreichend" eingestuft würde... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Flexiblerer und einfacherer Ansatz für die Gemeinsame Agrarpolitik



In einer Mitteilung mit dem Titel "Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft" forderte die Europäische Kommission am 29. November eine Vereinfachung und Flexibilisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Die aktuelle Struktur, die auf zwei Säulen basiert, wird beibehalten. Künftig soll jedoch jeder Mitgliedstaat einen eigenen strategischen Plan entwerfen, der nationale Wege zur Einhaltung der europäischen Ziele skizzieren soll und danach von der Kommission bestätigt werden muss... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs



Nach den Enthüllungen der "Paradise Papers" stellte die Europäische Kommission am 30. November neue Instrumente vor, mit denen das Mehrwertsteuersystem der EU weniger betrugsanfällig und Schlupflöcher geschlossen werden sollen, die Mehrwertsteuerbetrug in großem Umfang begünstigen können... [Fortsetzung](#)

In Innovation und Kreativität investieren



Am 29. November legte die Kommission Maßnahmen vor, die den wirksamen Schutz von geistigen Eigentumsrechten gewährleisten und damit europäische Unternehmen – insbesondere KMUs und Start-ups – ermutigen sollen, in Innovation und Kreativität zu investieren...

[Fortsetzung](#)

Eine Milliarde Euro für 39 Verkehrsprojekte



Die Kommission schlug am 30. November vor, eine Milliarde Euro an Fördergeldern in 39 verschiedene Verkehrsprojekte zu investieren, die zusätzlich private und öffentliche Gelder im Umfang von 4,5 Milliarden Euro freisetzen werden. Die Mehrheit der Projekte widmet sich dem emissionsfreien Verkehr, der Entwicklung des europäischen Schienennetzes, den Häfen und Schifffahrtswegen... [Fortsetzung](#)

Regeln für sicherere elektronische Zahlungsdienste



Die Kommission hat am 27. November Vorschriften verabschiedet, die elektronische Zahlungen in Geschäften und im Internet sicherer machen sollen. Gleichzeitig sollen Verbraucher auch auf bequemere, kostengünstigere und innovativere Lösungen von Zahlungsdienstleistern zurückgreifen können... [Fortsetzung](#)

Neues Rekordjahr für das Erasmus+-Programm



Die Europäische Kommission stellte am 30. November ihren Bericht zum Erasmus+-Programm für das Jahr 2016 vor. Das Budget des Programms sei um 7,5% gestiegen und habe 725.000 Europäern ein Mobilitätsstipendium ermöglicht. Das Programm dürfte demnach die Zielvorgabe einhalten, in den Jahren zwischen 2014 und 2020 3,7% der jungen Europäer zu unterstützen... [Fortsetzung](#)

Parlament :

EU-Haushalt 2018 verabschiedet: Unterstützung von Jugend, Wachstum und Sicherheit



Rat und Parlament haben am 30. November den Haushalt der EU für das Jahr 2018 verabschiedet. Die Zuwendungen für das Forschungsprogramm Horizon 2020 steigen um 8,4%, für Erasmus+ um 12,1%, für die Agenturen in den Bereichen Sicherheit und Bürgerschaft um 8,9%. Angesichts der Lage der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Pressefreiheit in der Türkei ist die Vorbeitrittshilfe für das Land um 105 Mio. Euro gekürzt worden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Neue Wege zu Stabilität und Frieden außerhalb der Union



[Fortsetzung](#)

Neue Regeln für den Umgang von Banken mit Verlusten



Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments verabschiedeten am 30. November neue Regeln, wie die Gläubiger von strachelnden Banken für deren Verluste einstehen müssen. Die internationale TLAC-Norm wird somit in die europäische Gesetzgebung aufgenommen. Demnach müssen Banken genügend Mittel zur Rekapitalisierung beiseite legen, um Verluste aufzufangen und die Belastung für die Gläubiger so gering wie möglich zu halten... [Fortsetzung](#)

Umsetzung der europäischen Strategie für Menschen mit Behinderungen



Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments forderten am 30. November Maßnahmen zur positiven Diskriminierung von Menschen mit Behinderung, zum Beispiel Quoten im öffentlichen Dienst und im Privatsektor. Ein besonderes Augenmerk legten sie auf die Situation von Frauen und Mädchen mit Behinderung, die sich oft doppelter Diskriminierung ausgesetzt sehen... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Schlussfolgerungen des Rates für Wettbewerbsfähigkeit



Die Minister verabschiedeten am 30. November einen Standpunkt zur Einrichtung eines zentralen digitalen Zugangstors, mit dem Bürger und Unternehmen einen zentralen Online-Zugang zu Informationen, Verfahren sowie Hilfs- und Problemlösungsdiensten erhalten. Des Weiteren haben die Minister die Ausarbeitung einer richtungsweisenden Strategie für die Industriepolitik der EU bis zum Jahr 2030 und darüber hinaus gefordert... [Fortsetzung](#)

Neue Antidumping-Regeln



Die Minister beschlossen am 4. Dezember neue Regeln im Kampf gegen unlautere Wettbewerbspraktiken. Diese werden am 20. Dezember in Kraft treten und unter anderem neue Regeln im Kampf gegen das Dumping beinhalten... [Fortsetzung](#)

Aufnahmebedingungen für Asylbewerber



Der Rat vereinbarte am 29. November ein Mandat für Verhandlungen über eine Richtlinie, die gemeinsame Aufnahmebedingungen für Asylbewerber in Europa schaffen soll. Die Richtlinie soll materielle Bedingungen, aber auch den Zugang zu Betreuung festlegen. Zudem sollen Bewerber spätestens neun Monate, nachdem sie einen Antrag auf internationalen Schutz gestellt haben, Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten...

Fortsetzung

Schlussfolgerungen des Rats "Verkehr, Telekommunikation und Energie"



Der Ministerrat "Verkehr, Telekommunikation und Energie" beschloss am 4. Dezember einen Standpunkt zu neuen Regularien des Gremiums Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK). Außerdem nahmen die Minister die Fortschritte bezüglich einer ePrivacy-Richtlinie in Augenschein und verabschiedeten eine Roadmap für den 5G-Standard, die Europa zum Vorreiter in dieser Domäne machen soll... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Europäische Union-Afrikanische Union-Gipfel



Am 29. und 30. November fand in Abidjan das 5. Gipfeltreffen zwischen der Afrikanischen Union und der EU statt. Die Staats- und Regierungschefs beider Kontinente vereinbarten vier gemeinsame Prioritäten, insbesondere einen neuen Investitionsplan, der 44 Mrd. Euro an privaten Investitionen für nachhaltige Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen mobilisieren soll. Mit "größter Entschiedenheit" verurteilten die Staats- und Regierungschefs die kriminellen Vergehen in Libyen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Eurogruppe :

Mário Centeno zum Eurogruppen-Präsidenten gewählt



Die Eurogruppe wählte am 4. Dezember Mário Centeno, den portugiesischen Finanzminister, zu ihrem neuen Präsidenten. Centeno tritt seinen neuen Posten am 13. Januar 2018 für einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren an. Das erste Eurogruppentreffen unter seiner Leitung wird am 22. Januar 2018 stattfinden. Des Weiteren besprach die Eurogruppe die Haushaltspläne der Eurozonenstaaten für das Jahr 2018... [Fortsetzung](#)

EZB :

Finanzielle Risiken bleiben trotz soliden Wachstums bestehen



Die Europäische Zentralbank unterstrich am 29. November die Robustheit der derzeitigen konjunkturellen Lage, doch sieht auch mögliche Risiken in Form von abrupten Neubewertungen von Anlagevermögen. Die EZB ist des Weiteren beunruhigt über die Überlebensfähigkeit zahlreicher realwirtschaftlicher Unternehmen, falls die Zinsen steigen, ohne dass sich die wirtschaftliche Lage bessert... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Veröffentlichung des jährlichen Bundesbank-Berichts zur Finanzstabilität



Laut einem Bericht der Bundesbank vom 29. November sieht sich die deutsche Wirtschaft zahlreichen Gefahren gegenüber, die von den steigenden Immobilienpreisen bis zur Schwäche der deutschen Banken herrühren... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Die Nationalversammlung fördert die europäischen Symbole



Die französische Nationalversammlung hat am 27. November eine Entschließung zur Förderung der europäischen Symbole und insbesondere der Europaflagge verabschiedet... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rede des französischen Präsidenten in Ouagadougou



Am Vorabend des EU-Afrika-Gipfels am 29. und 30. November begab sich der französische Präsident Emmanuel Macron nach Burkina Faso. In einer Rede an der Universität von Ouagadougou beschwor er die gemeinsame Zukunft Europas und Afrikas und sprach über Themen wie Migration, Umwelt, Entwicklung, Kulturerbe und Bildung... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Irland :

Rücktritt der Ministerin für Handel, Unternehmen und Innovation



Die Ministerin für Handel, Unternehmen und Innovation, Frances Fitzgerald, hat am 28. November ihren Rücktritt eingereicht und so vorgezogene Neuwahlen in Irland verhindert. Sie wurde in ihrem Amt als Vizepremier von Außenminister Simon Coveney ersetzt, ihr Ministeramt übernimmt fortan Heather Humphreys... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Treffen zwischen Donald Tusk und Leo Varadkar



In Reaktion auf die vom irischen Premier Leo Varadkar erhobenen Forderungen bekräftigte der Präsident des Europäischen Rats, Donald Tusk, die Einigkeit zwischen der EU und Irland in der Frage der Grenze zum Vereinigten Königreich, die nach dem Brexit zu einer Außengrenze der EU werden wird. "Die Forderungen Irlands sind die Forderungen der EU", bestätigte er... [Fortsetzung](#)

Italien :

Mittelmeer-Dialoge



Die dritten Mittelmeer-Dialoge fanden vom 30. November bis 2. Dezember in Rom statt. Im Zentrum der Debatten standen Fragen der Migration und der trans-mediterranen Energiekooperation... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Tschechische Republik :

Rücktritt der Regierung



Die seit 2014 im Amt befindliche Regierung der Tschechischen Republik ist am 29. November zurückgetreten, um Platz zu machen für die neue von Andrej Babis (ANO) geführte Nachfolgeregierung. Babis hatte die Parlamentswahlen am 21. Oktober gewonnen. Präsident Milos Zeman wird Babis am 6. Dezember zum Premier ernennen, die Ernennung der Minister wird gemeinhin für den 13. Dezember erwartet... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Bosnien-Herzegowina :

UN-Kriegsverbrechertribunal spricht Recht



Das UN-Kriegsverbrechertribunal für Ex-Jugoslawien hat sein letztes Berufungsurteil gegen 6 Ex-Militärs der bosnischen Kroaten gesprochen, denen insbesondere Kriegsverbrechen in den Jahren zwischen 1992 und 1995 vorgeworfen wurden. Die Strafe gegen Jadranko Prlic, den ehemaligen Außenminister Bosnien-Herzegowinas, wurde dabei in ihrer Höhe von 25 Jahren bestätigt. Nach 24 Jahren seiner Existenz wird das UN-Kriegsverbrechertribunal für Ex-Jugoslawien am 31. Dezember 2017 offiziell aufgelöst... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ukraine :

Auf dem Weg zu einem EU- und NATO-Referendum



Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko gab im Rahmen einer Rede am 1. Dezember bekannt, dass die ukrainische Regierung ein Referendum über einen Beitritt zu EU und NATO abhalten werde. Er nannte kein exaktes Datum, doch gab sich zuversichtlich, da sich die Ukraine "auf dem Weg in einen euro-atlantischen Integrationsprozess" befinde... [Fortsetzung](#)

Island :

Katrín Jakobsdóttir zur Premierministerin ernannt



Die Präsidentin der Links-Grünen, Katrín Jakobsdóttir, wurde am 30. November vom Präsidenten der Republik, Guðni Thorlacius Jóhannesson, zur neuen isländischen Regierungschefin ernannt. Sie formt eine Koalition mit der Unabhängigkeitspartei (SJA) und der Fortschrittspartei (FSF), die zusammen auf 33 von 63 Parlamentssitzen kommt. Jakobsdóttir ist nun Chefin einer Regierung mit elf Ministern, davon fünf Frauen und sechs Männern... [Fortsetzung](#)

OECD :

Wirtschaftsprognosen



Die OECD veröffentlichte am 28. November ihre Prognosen für die Weltwirtschaft. Die Eurozone hatte ihr Wachstum im Jahr 2017 mit 2,4% weiter beschleunigt und wird in den kommenden Jahren noch mit 2,1% (2018) und 1,9% (2019) wachsen. Die Aussichten für Länder wie Deutschland, Frankreich und Italien haben sich im Vergleich zum ersten Quartal 2017 weiter gebessert. Das Vereinigte Königreich hingegen wird in den kommenden Jahren weniger stark wachsen, mit 1,5% in 2017, 1,2% in 2018 und 1,1% in 2019... [Fortsetzung](#)

Berichte/Studien :

Der Kampf gegen den Drogenhandel verlangt mehr Mittel



Der Drogenhandel im sogenannten "Darknet" stellt eine wachsende Gefahr dar, gegen die sich Europa besser wappnen muss. Das stellt ein am 28. November veröffentlichter Bericht von Europol und der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht fest... [Fortsetzung](#)

Steigende HIV-Infektionen in Europa



In einer Mitteilung vom 28. November zieht die Weltgesundheitsorganisation WHO eine Bilanz der HIV-Situation in Europa. Die WHO bedauert demnach die steigende Zahl von Infektionen, die derzeit bei 160.000 Personen liegt (29.000 in der EU), wovon 80 Prozent in Osteuropa beheimatet sind. Die WHO verweist mit Nachdruck auf Mittel der Vorsorge und einen raschen Zugang zu

Behandlungen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Nordpolarmeer: Fischfangmoratorium



Die Anrainerstaaten des Nordpolarmeers und die großen Fischereistaaten (Kanada, Dänemark, Färöer-Inseln, Norwegen, Russland, Vereinigte Staaten, China, Island, Japan, Südkorea, Europäische Union) haben sich auf ein internationales Moratorium für den kommerziellen Fischfang geeinigt, obwohl der derzeitige Rückgang des ewigen Eises diesen mehr und mehr zulässt... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Forschungs- und Entwicklungsausgaben stabil bei 2% des BIP in 2016



Eurostat veröffentlichte am 1. Dezember Zahlen zu den Forschungs- und Entwicklungsausgaben in der EU im Jahr 2016. Die 28 Mitgliedstaaten hätten mehr als 300 Mrd. Euro für Forschung und Entwicklung veranschlagt. Mit 2,03% des EU-BIP blieben die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr stabil... [Fortsetzung](#)

Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Inflation steigt auf 1,5%



Laut Eurostat-Zahlen vom 30. November ist die Arbeitslosigkeit in der EU auf 7,4% und in der Eurozone auf 8,8% gesunken. Die Eurozonen-Inflationsrate wiederum ist von Oktober auf November von 1,4% auf 1,5% angestiegen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kultur :

Europoly: The European Union Identity Trading Game



Das multidisziplinäre Projekt "Europoly: The European Union Identity Trading Game" kann vom 15. Dezember 2017 bis 7. Januar 2018 im Wiener Volkskundemuseum bestaunt werden. Das Projekt thematisiert die Ankunft wirtschaftlicher Migranten in den 1960er-Jahren, die Einwanderungswellen infolge der bewaffneten Konflikte im ehemaligen Jugoslawien der 1990er-Jahre und die aktuelle Arbeitsmigration. Es umfasst des Weiteren jeweils zweitägige Konferenzen in vier Städten (Belgrad, Zagreb, Sarajevo, Wien)... [Fortsetzung](#)

Fernand Léger intim

Das Nationalmuseum Fernand Léger im südfranzösischen Biot



präsentiert bis zum 26. März 2018 eine Ausstellung, die sich unter dem Titel "Zuerst zeichnen - Fernand Léger intim" dem Werk seines namensgebenden Künstlers widmet. Die Ausstellung zeigt ausschließlich Zeichnungen, die der Künstler in Vorbereitung seiner Werke anfertigte... [Fortsetzung](#)

Lichterfest in Lyon



Vom 7. bis 10. Dezember findet in Lyon das Lichterfest statt. In der ganzen Stadt werden Lichtinstallationen die Gebäude erstrahlen lassen, die von Beleuchtern, Designern, Architekten und Cineasten entworfen wurden... [Fortsetzung](#)

Der Meister von Meßkirch in der Staatsgalerie Stuttgart



Im Reformationsjahr 2017 widmet die Staatsgalerie Stuttgart dem Meister von Meßkirch erstmals eine umfassende Ausstellung von Werken, die normalerweise in zahlreichen Museen Europas und der Vereinigten Staaten verstreut sind. Seine Altarbilder, die sich gegen die Reformation wandten, sind vom 8. Dezember bis 2. April 2018 der Öffentlichkeit zugänglich... [Fortsetzung](#)

Agenda :



4. und 5. Dezember
Brüssel
Rat "Telekommunikation-Verkehr"



5. Dezember
Brüssel
Rat "Wirtschaft und Finanzen"



7. und 8. Dezember
Brüssel
Rat "Justiz und Inneres", Rat "Soziales und Gesundheit"



8. Dezember
Brüssel
Assoziierungsrat der EU mit Georgien, Assoziierungsrat der EU mit der Ukraine



10. Dezember
Buenos Aires
Rat "Handel"



10. bis 13. Dezember
Buenos Aires
11. Ministerkonferenz der WTO



11. Dezember
Brüssel
Rat "Entwicklung"



11. und 12. Dezember
Brüssel
Rat "Landwirtschaft und Fischerei"



11. bis 14. Dezember

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly, Helen Levy ;
Vincent Le Méau, Aurélien Pastouret, Félicia Schröder,
Romain Vadans, Jean-Baptiste Welschinger
Chefredakteur : Charles de Marcilly
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}